



## Chancengleichheit



### Editorial

*“Das größte Unrecht, schrieb Aristoteles, besteht darin, Ungleiches gleich zu behandeln”.* Die Theorie, wonach sich Chancen und Arbeitsplätze harmo-

nisch und quasi selbstverständlich verteilen, erweist sich als falsch, gerade weil wir Dinge gleich behandeln, die ungleich sind.

Wir müssen uns mit dem gleichen Willen, aber mit einer neuen Perspektive, in den Kampf gegen jede Form der Diskriminierung stürzen. Mit welcher Begründung, sollten wir zum Beispiel zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger vom Arbeitsmarkt ausgrenzen, wie es derzeit bei Menschen mit Behinderungen oder ethnischen Minderheiten der Fall ist? Warum sollten wir auf diese Vielfalt verzichten, wo wir doch gerade innerhalb der VRE beweisen, wie positiv die Auswirkungen einer politisch geförderten Vielfalt sein können? Ob man es von den Werten aus betrachtet oder aus pragmatischen Gründen: Diskriminierungen haben keinerlei Sinn.

Das Gleiche gilt für die Gleichstellung von Mann und Frau. Zwar unterliegt ihre Stellung in der Gesellschaft einigen rollenspezifischen Zwängen, von denen die Verbindung von Mutterschaft und Berufsleben die schwierigste darstellt, jedoch sind Frauen zum Teil nach wie vor Opfer konkreter Diskriminierungen. Sie sind immer noch häufiger die Opfer von Gewalthandlungen, sind immer noch weniger gut bezahlt als ihre männlichen Kollegen, immer noch in den Verantwortungsetagen unterrepräsentiert, ebenso in der Politik. Zum Glück haben sich die Dinge im Laufe der letzten sechzig Jahre etwas weiter entwickelt, aber wir dürfen diesen Trend nicht aus den Augen verlieren, denn wenn die Stellung der Frau sich weiterhin verbessert, so wird es der Gesellschaft insgesamt zugute kommen.

Zahlreiche europäische Regionen arbeiten und handeln derzeit bei diesen Fragestellungen zusammen. Sie richten eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik ein, beispielhaft für effiziente und angemessene politische Maßnahmen. Der erforderliche neue Blickwinkel im Kampf gegen Diskriminierungen könnte der regionale sein... <

**Michèle Sabban**

Vizepräsidentin der VRE  
Vizepräsidentin der Region Île-de-France-F

## Chancengleichheit - Stärke bedeutet noch nicht Recht

DURCH DIE FÖRDERUNG DER VIELFALT, DER GLEICHSTELLUNG UND DIE TATKRÄFTIGE BEKÄMPFUNG DER DISKRIMINIERUNGEN TRAGEN DIE EUROPÄISCHEN REGIONEN ZUM AUFBAU EINES MENSCHLICHEREN EUROPAS UND ZUM SCHUTZ IHRER BEVÖLKERUNG BEI. DIES ZEIGT, DASS HINTER DER CHANCENGLEICHHEIT KONKRETE POLITISCHE TATEN UND NICHT NUR WOHLFEILE WORTE STEHEN KÖNNEN.



Die Regionen sind ein wichtiges Bindeglied zur Erreichung der

**Die Förderung** der Chancengleichheit lief lange Zeit auf die Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates hinaus. Es ging dabei um eine "gerechtere" Gleichbehandlung, für die das Prinzip der universellen oder kostenfreien Gewährung von Sozialleistungen zum Teil aufgehoben werden musste, um denjenigen mehr geben zu können, die weniger besaßen. Mit anderen Worten: Es ging um nichts Geringeres als eine gezielte politische Definition des Zugangs zu staatlichen Leistungen oder zu einem Arbeitsplatz. Immer mehr beinhaltet die Chancengleichheit, überall wo sie angestrebt wird, heute jedoch eine ganze Reihe von gezielten Maßnahmen, die alle auf ein dreifaches Ziel ausgerichtet sind: die Angleichung von ungleichen Gruppen, die Bekämpfung der Diskriminierungen und die Förderung der Vielfalt.

Wenn die Diskriminierungen schon alt und tief verwurzelt in politischen und gesellschaftlichen Strukturen sind, reicht es nicht aus, sich auf die Wirkung der Gesetze zu verlassen. Die Situation wird sich nicht von alleine verbessern, da die Diskriminierungen fast schon als "normal" wahrgenommen werden. Will man solche Vorurteile aufbrechen und den Opfern solcher Diskriminierungen das Gefühl zurückgeben, in der Gesellschaft einen legitimen Platz zu haben, braucht es eine weit reichende und vor allem entschlossene Politik, man muss die Präsenz der "Unerwünschten" regelrecht erzwingen, um den Teufelskreis zu durch-

brechen. Es geht nicht mehr allein darum, die Gleichheit der Rechte zu verkünden, es geht darum, Fakten zu schaffen.

Es gibt zum Beispiel auf verschiedenen Ebenen zahlreiche Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen. Ihre Verbände bemängeln jedoch den eklatanten Mangel an konkreten Maßnahmen. Auch die Gleichstellung von Mann und Frau ist noch nicht erreicht, sei es in der Vertretung ihrer Interessen, bei der Bezahlung und bezüglich ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft. Es wäre falsch, manchmal sogar sträflich zu glauben, an Betracht der Gewalt, deren Opfer sie sind, dass die bestehenden Gesetze und die "Bewusstmachung" ausgereicht hätten, um den Frauen die gleichen Chancen wie den Männern einzuräumen. Ebenso werden die ethnischen Minderheiten nicht gebührend anerkannt und bleiben folglich gefangen im Teufelskreis, der aus Bürgern ohne sichtbare Interessenvertretung auch Bürger ohne gesellschaftliches Engagement macht, und somit zu Bürgern mit noch weniger sichtbaren Vertretung, obwohl sie die ganze Vielfalt Europas und seiner Regionen ausmachen und einen Teil seines Reichtums darstellen. Die Maßnahmen der europäischen Regionen, die im vorliegenden Themendossier vorgestellt werden, zeigen Beispiele einer entschlossenen und konkreten Politik, nämlich regionale Handlungsansätze zu allen diesen Fragestellungen.

Foto: Europäische Kommission

# Gleichbehandlung der Menschen mit Behinderungen: die Bekämpfung von Vorurteilen

DER ANTEIL DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER BEVÖLKERUNG DER EU15 LIEGT DERZEIT BEI 14,5%; ER LIEGT BEI 25% IN DEN 12 NEUEN MITGLIEDSTAATEN. EIN NEUER ANSATZ FÜR DIE CHANCENGLEICHHEIT, EIN REGIONALER ANSATZ, IST DRINGEND NOTWENDIG

**Nach** den Untersuchungen von Eurostat innerhalb der Europäischen Union im Jahr 2001, sind in den fünfzehn Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Schweden) 14,5% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von einer Behinderung betroffen, 25% sind es in den zwölf neuen Mitgliedstaaten. Diese Untersuchungen weisen ebenfalls auf den Zusammenhang zwischen fortschreitendem Alter und Behinderungen hin. Aufgrund der Alterung der EU-Bevölkerung und der stetigen Fortschritte der Medizin und der Pflege, wächst die Zahl der Menschen mit Behinderungen innerhalb der EU, was sich in Zukunft weiter fortsetzen wird.

In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, dass nur 42% der Menschen mit Behinderungen einen Arbeitsplatz haben, gegenüber 65% der Nichtbehinderten, und 52% der Menschen mit Behinderungen nicht erwerbstätig sind, gegenüber 28% der Nichtbehinderten (ebenfals laut Eurostat - 2001). Diese Zahlen beweisen – sofern dieser Beweis überhaupt noch erforderlich war – dass die Menschen mit Behinderungen große Probleme bei der Suche nach einem Arbeitsplatz haben, dass sie Opfer von Diskriminierungen sind und ein ungenutztes Potenzial für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft darstellen. Dringend erforderlich ist eine Sensibilisierung der Unternehmen für die Problematik der Behinderung, insbesondere im Hinblick auf ihre soziale Verantwortung. Arbeitgeber werden den Schritt zur Vielfalt innerhalb ihrer Unternehmen umso leichter gehen, als andere Arbeitgeber bereits von den positiven Auswirkungen dieser Vielfalt in ihren eigenen Unternehmen berichten können: Vielfalt der angebotenen Leistungen, Image des Unternehmens usw. Diese positiven Erfahrungen können durch Organisationen wie die Versammlung der Regionen Europas weitergegeben werden, zur Ableitung von wiederholbaren Best Practices und beispielhaften Modellen.

Zur Verwirklichung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen müssen vier Dinge vorausgesetzt werden: die Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse, selbst wenn dies Maßnahmen beinhaltet, die sie anscheinend besser stellen als Unbehinderte; die Beseitigung der Diskriminierungen und der von ihnen erfahrenen ungerechten Behandlung; ihre vollwertige Beteiligung am öffentlichen Leben; die Bekämpfung der Vorurteile ihnen gegenüber.

Steiermark-A hat zum Beispiel entschlossen die Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Angriff genommen, sowie den Kampf für ihre größere gesellschaftliche Integration. Das Land organisiert öffentliche Veranstaltungen, in denen sogenannte Nichtbehinderte sich in die Position von Menschen mit Behinderungen in Alltagssituationen versetzen. Eine Strecke im Rollstuhl oder mit verbundenen Augen im Stadtzentrum vermittelt die Realität einer Behinderung – zugegebenermaßen nur für einen kurzen Augenblick. Solche Erfahrungen sind ausgezeichnete Möglichkeiten, sich der Hindernisse bewusst zu werden, die den Alltag der Menschen mit Behinderungen prägen.

Hampshire-UK verfolgt das gleiche Ziel mit gemeinsamen Schulen für Kinder mit und Kinder ohne Behinderungen. Ein solcher Ansatz ist sowohl eine vorbeugende als auch eine erzieherische Maßnahme, folgt aber auch einer pragmatischen Entscheidung. In der Tat ist der Kampf gegen die Ungleichheit viel effizienter, wenn die Schulen sich den Kindern mit Behinderungen öffnen; außerdem ist dieser Ansatz ebenfalls kostengünstiger als "Sonderschulen" oder die Eröffnung anderer spezialisierter Betreuungsstrukturen.

Im Zusammenhang mit der Beschäftigung haben die regionalen 'Jobcentre Plus' direkte Beziehungen zu den Interessenverbänden geknüpft, um die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen genauer zu erfahren. Sie sind ebenfalls aufgefordert mitzuteilen, welche konkreten Hindernisse bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen noch bestehen, damit vorgefasste Meinungen über Behinderungen und Beschäftigung abgebaut werden können aber auch Informationen gesammelt werden, damit finanzielle Probleme besser erfasst und gelöst werden. Die Behörden möchten damit das Einkommensparadox bekämpfen, wenn ein Mensch mit Behinderung durch eine Beschäftigung ein geringeres Einkommen erhält als durch die staatliche Unterstützung.

Der von Hampshire für den Zeitraum 2006-2009 entwickelte Plan zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sieht ebenfalls eine weit reichende Beteiligung ihrer Verbände an allen sie betreffenden Entscheidungen vor. Entsprechend arbeitet die regionale Regierung unmittelbar mit den örtlichen Vertretungsinstanzen zusammen (der Hampshire Coalition of



Disabled People und dem Southampton Centre for Independent Living), um den Abbau der konkreten finanziellen Hindernisse zu erreichen, oder noch bestehende Verhaltensweisen zu überwinden und in jedes neue öffentliche oder private Vorhaben bestimmte Zugangskriterien einzubauen. Die Vereine und Verbände sind aufgefordert, die Hindernisse konkret bei den Regionalbehörden anzugeben und die Universität Birmingham wurde beauftragt, eine unabhängige Studie über die angebotenen Lösungen und ihre Effizienz durchzuführen. Polizei, Feuerwehr, die Districts, Kommunalräte, Krankenhäuser: alle beteiligen sich konkret und effizient an dem Abbau der Hindernisse, gerade weil die regionale Ebene ihnen direkte Kontakte und Beziehungen zu den Betroffenen ermöglicht.

## WEITERE INFOS UNTER

[www.a-e-r.org/events/health-social-affairs-committee/2006/seminar-and-pleinary-com-b.html](http://www.a-e-r.org/events/health-social-affairs-committee/2006/seminar-and-pleinary-com-b.html)



**AER - ARE - VRE Dossier  
Chancengleichheit  
Frühjahr 2007**  
Themendossier der Versammlung der Regionen Europas (VRE)

**Verantwortung für die Veröffentlichung** - Klaus Klipp  
**Chefredakteurin** - Francine Huhardeaux  
**Beratung** - O. Georgoutsakou, E. Delange und L. Krid  
**Redaktion** - Nicolas Schirrer  
**Übersetzungen** - Ursula Gerstenmaier (GB & D)  
**Design und Layout** - Agence Contexte - Strasbourg (F)  
**Druck** - OTT - rue Pins - 67310 Wasselonne (F)  
Auflage (in drei Sprachen): 4 500 Ex.  
Vervielfältigung unter Angabe der Quelle erlaubt.  
May 2007

**VRE**  
Generalsekretariat - 6, rue Oberlin - F-67000 Strasbourg  
[www.a-e-r.org](http://www.a-e-r.org) - Tel: +33 3 88 22 07 07  
Fax: +33 3 88 75 67 19 - E-mail: [secretariat@a-e-r.org](mailto:secretariat@a-e-r.org)

Büro in Brüssel - 2 place Sainctelette - B-1080 Bruxelles  
Tel: +32 2 421 85 12 - Fax: +32 2 421 84 81  
E-mail: [s.cools@a-e-r.org](mailto:s.cools@a-e-r.org)

# Gleichstellung von Mann und Frau, es gibt noch viel zu tun

UM DIE WELT DER ARBEIT UND DER POLITIK ZU ÄNDERN, UM MENTALITÄTEN ZU WANDELN UND UM GEWALT ZU BEKÄMPFEN BRAUCHEN WIR EIN ENGAGEMENT AUF ALLEN EBENEN.



## Die Arbeitswelt

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer präsenter. Ihr Streben nach Unabhängigkeit und der Bedarf nach Arbeitskräften hat sie nach dem Zweiten Weltkrieg dazu gebracht, in großer Zahl eine Ausbildung und eine Arbeit aufzunehmen, sie haben dabei von den langen Jahren des darauf folgenden Wirtschaftswachstums profitiert und zugleich sehr dazu beigetragen. Früher weniger sichtbar, wurden Frauen allmählich integraler Bestandteil des Arbeitsmarktes. Heute hat sich dieser jedoch grundlegend verändert, ebenso wie die Familienstrukturen, so dass wir mit einem Phänomen konfrontiert sind, dessen Opfer in erster Linie Frauen sind: unsichere Arbeitsplätze und das drohende Risiko, in die Armut abzugleiten.

Wenn sie einen „nicht dauerhaften“ Arbeitsplatz haben (befristete Verträge, Zeitarbeitsverträge usw.) oder einen „unvollständigen“ (vom Arbeitgeber verlangte Teilzeitarbeit), laufen Frauen Gefahr, in wirtschaftliche Schwierigkeiten bzw. in die Armut abzugleiten, insbesondere nach einer

Scheidung, da zu dem ungünstigen Arbeitsverhältnis die meistens den Frauen überlassene familiäre Belastung (Kinderbetreuung), hinzukommt. Unsicherheit bedeutet jedoch nicht nur Armut. Ein instabiler Berufsweg, Unterbrechungen der Karriere, Einarbeitungsschwierigkeiten und eine schwierige Wiedereingliederung spielen ebenfalls eine große Rolle.

Eindeutig muss man bei der Ungleichheit zwischen Mann und Frau ansetzen, um die Ursache dieser unsicheren Situation der Frauen zu finden. Zwar ist Unsicherheit und Armut nicht nur das Los der Frauen, einige von Männern besetzte Arbeitsplätze sind ebenfalls unsicher. Jedoch trägt die ungleiche Behandlung dazu bei, dass sowohl die Anzahl der von diesem Schicksal betroffenen Frauen, als auch das Risiko in eine solche Lage zu geraten, steigt.

Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist, in unterschiedlichen Formulierungen, seit den fünfziger Jahren im europäischen Recht verankert. Der Gedanke wonach Frauen für gleiche Arbeit auch die gleiche Entlohnung erhalten sol-

len wie ihre männlichen Kollegen wird auch weitgehend akzeptiert. Dennoch hat sich die Anwendung dieses Grundsatzes als Herkulesaufgabe herausgestellt. Frauen beziehen nach wie vor im Durchschnitt 25%\* weniger Lohn als Männer – trotz des Anstiegs der weiblichen Beschäftigten im Vergleich zu den männlichen Beschäftigten in den letzten fünfzehn Jahren. Mit anderen Worten: die Frauen sind zahlreicher in den niedrigen Lohnkategorien und die Männer zahlreicher in den hohen Lohnkategorien anzutreffen: 77%\* der Niedriglöhne in der EU werden heute von Frauen bezogen.

In die gleiche Richtung geht auch die Erklärung von Kiruna, die die VRE im März 2006 bei ihrer VI. Konferenz über Chancengleichheit für Männer und Frauen verabschiedet hat. Darin wird an das Ziel erinnert, bis 2010 eine Beschäftigungsquote bei Frauen von 60% zu erreichen, sowie an die Verpflichtung, im gleichen Zeitraum Betreuungsstrukturen für 90% der Kinder unter 3 Jahren einzurichten. Um auf die Worte auch Taten folgen zu lassen, wendet die VRE diese Regeln zum Beispiel innerhalb ihrer Kommission „Sozialpolitik



Foto: Värmland

## Interview

### Monica Ekström

#### “Die Prävention muss von allen Ebenen ausgehen”

Monica Ekström ist Vorsitzende der Kommission für öffentliches Gesundheitswesen der schwedischen Region Värmland, Vorreiterin innerhalb des Programms “Prävention der häuslichen Gewalt - eine Aufgabe für das Gesundheitswesen”.

**Nicolas Schirrer : Wie funktioniert heute, im 21. Jahrhundert, die häusliche Gewalt?**

**Monica Ekström :** Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht... Ich glaube, dass das patriarchalische Weltbild und die Norm, wonach die Männer ein Recht auf Besitz, Kontrolle und Machtausübung über die Frauen haben, die Ursache der häuslichen Gewalt darstellen. Diese strukturelle Gewalt ist völlig inakzeptabel und wir als regionale politische Verantwortliche müssen unsere Verantwortung übernehmen und handeln. Diese Gewalt hat weit reichende Auswirkungen, es geht um viel mehr als um das persönliche Wohl und die Gesundheit des

Einzelnen, nämlich um eine untragbare Verhaltensweise einer ganzen Gemeinschaft. Ein Leben in einer gewalttätigen Beziehung verletzt das Selbstwertgefühl einer Frau und schließt sie aus der Gesellschaft aus.

**N. S. : Was muss neben Kommunikation und Aufklärung getan werden, um die Rechtsmöglichkeiten und/oder die Behandlung der Opfer zu verbessern?**

**M. E. :** Ein branchenübergreifender Ansatz ist absolut notwendig. Die Prävention der häuslichen Gewalt muss auf allen Ebenen geschehen. Daher hat der Regionalrat von Värmland einen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt und für die

Ankoppelung dieses Themas an das Gesundheitssystem verabschiedet. Aber ich möchte auch, unter Verweis auf die Konvention der UNO über die Rechte des Kindes, die Auswirkung dieser Gewalt auf Kinder unterstreichen, denn sie sind oft Zeugen der Gewalttaten. Wenn sie erleben, dass ihre Mutter geschlagen wird – wenn sie es auch nur hören oder ahnen – wird ihr Bild von sorgenden und tröstenden Eltern gestört: es besteht ein hohes Risiko, dass das Kind psychisch leidet und später selbst gewalttätig wird.

**WEITERE INFOS UNTER**  
[www.preventabuse.eu](http://www.preventabuse.eu)

Suite de la page 3...

und Gesundheitswesen' an, in der die beiden Bewerbungen um den Vorsitz von je einem Mann und einer Frau kommen müssen.

### Die Welt der Politik

Die Region Bruxelles-Capitale-B hatte die Gelegenheit, ihre zahlreichen Maßnahmen zur Realisierung der Gleichstellung von Mann und Frau bei der Konferenz in Kiruna vorzustellen. Sie hatte sich damit mehrere Ziele gesetzt: die Förderung der Teilnahme von Frauen an der Macht, ihre Information oder Ausbildung – sofern nötig –, die Achtung der bestehenden Gesetze zur Chancengleichheit und schließlich die Schaffung von verlässlichen Messinstrumenten, um langfristig sicherzustellen, dass die Frauen in den lokalen Instanzen vertreten sind. Diese Bemühungen waren fruchtbar: bei den Kommunalwahlen im Jahre 2006 trat eine Verordnung in Kraft, nach der der zahlenmäßige Unterschied von männlichen und weiblichen Kandidaten auf einer Wahlliste nicht mehr als 1 sein darf, und die abwechselnde Reihenfolge von männlichen und weiblichen Kandidaten auf den ersten beiden Plätzen einer Wahlliste festgelegt wurde. Die Anzahl der Kandidatinnen, von Frauen auf den ersten Listenplätzen und von Abgeordneten, stieg daraufhin um 5 bis 10 Prozentpunkte; heute gibt es in der Region 42% weibliche Abgeordnete.

### Die Bekämpfung der Gewalt

Das Programm "Prävention der häuslichen Gewalt – eine Aufgabe für das Gesundheitswesen" ist ein gutes Beispiel von interregionaler Zusammenarbeit. Es soll der Gewalt gegen Kinder, Jugendliche oder Erwachsene vorbeugen und sie bekämpfen, sowie die Opfer und die Risikogruppen schützen. Die Regionen Värmland-S, Steiermark-A, Hampshire-UK und Devon-UK legen seit April 2004 ihren Sachverstand und ihre guten Ansätze innerhalb ihrer jeweiligen Gesundheitssysteme zusammen.

Konkret besteht das Programm zum Beispiel aus einer gezielten Ausbildung von Krankenhauspersonal und Sozialarbeitern, damit sie die Opfer von Gewalt angemessen betreuen und pflegen können. Seminare und Beratungssitzungen werden ebenfalls über das Thema der Behandlung von Gewalttätern veranstaltet. Auf der Ebene der Prävention werden Maßnahmen mit Kindern zur Förderung der Gewaltfreiheit veranstaltet und den Lehrkräften werden auf Wunsch Beratungen und Bildungsmaßnahmen in diesem Bereich angeboten. Dieser entschlossene und innovative Ansatz fließt in die öffentliche Gesundheitspolitik ein.

\* (GD Beschäftigung und Soziales - 12/2001)

### WEITERE INFOS UNTER

[www.aer.org/main-issues/equal-opportunities](http://www.aer.org/main-issues/equal-opportunities)

## Gleichbehandlung ungeachtet der Herkunft: Vielfalt als oberstes Prinzip

DIE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK FÜR ETHNISCHE MINDERHEITEN MUSS VORANGETRIEBEN WERDEN: HEUTE MUSS VON DER GLOBALEN BIS ZUR REGIONALEN EBENE IM SINNE DER VIelfALT GEHANDELT WERDEN

**Die letzten** dreißig Jahre haben uns gezeigt, dass es nicht reicht, die Chancengleichheit zu verkünden um sie auch zu verwirklichen. Die berufliche und gesellschaftliche Mobilität ist in einigen Mitgliedsländern der EU heute nicht ausgeprägter als in den fünfziger Jahren und die Hoffnung, durch schulische Ausbildung, egal vor welchem ethnischen Hintergrund, gesellschaftlich aufzusteigen, ist begrenzt. Die offizielle Verkündung der rechtlichen Gleichstellung täuscht nicht mehr darüber hinweg, dass es insbes. Rassendiskriminierungen gibt, die nun angesprochen werden und ausgeprägter sind als man dachte.

Keine Statistik innerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU zeigt bislang die tatsächliche Vielfalt der ethnischen Minderheiten. Europa ist wie ein Schmelztiegel, in dem Migrationströme aufeinander folgen, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. Diese Vielfalt erfordert als komplexes Problem einen den ethnischen Minderheiten angemessenen Ansatz, einen regionalen Ansatz.

So sind die Roma zum Beispiel die größte ethnische Minderheit innerhalb der heutigen EU. Eine europaweite Studie über die Situation der Roma innerhalb der erweiterten Union hatte schon in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Bevölkerung der Roma mit großen Hindernissen im Bereich der Beschäftigung und der Bildung konfrontiert ist. Die jüngste Eurobarometer-Studie über Diskriminierungen vom Januar 2007 zeigt bedeutende Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern in Bezug auf die Meinung, als Roma in der Gesellschaft benachteiligt zu sein. 90% der befragten Schweden sind zum Beispiel davon überzeugt, dass Roma zu sein in ihrer Gesellschaft von Nachteil ist, 60% sind dieser Meinung in den zwei neuen Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien.

Die Region Baranya-H arbeitet mit deutschen, polnischen, tschechischen, slowakischen und rumänischen Regionen zusammen, um Wissen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ausgrenzung von Roma in den Städten auszutauschen. Dieses Projekt, mit einer Teilfinanzierung durch den Strukturfonds INTERREG III C, hat die Notwendigkeit unterstrichen, staatliche Leistungen an die Bedürfnisse der Bevölkerung der Roma anzupassen, insbesondere

bei der Betreuung von Kleinkindern, der Erziehung und Bildung, im Gesundheitswesen oder für behördliche Formalitäten. Eine solche Politik zur Bekämpfung der Ausgrenzung wurde anschließend an eine weit gefasste Politik der Städtesanierung gekoppelt, da es dringend erforderlich ist, die noch heute bestehenden Gettos regelrecht zu zerschlagen.

Die VRE hat im März 2007 in ihrer Erklärung von Pécs die Notwendigkeit von umfassenden aber vor allem angepassten politischen Ansätzen betont. Die Ziele sind klar: es geht um eine größere Integration in Politik und Medien und die Vielfalt muss von der Erziehung bis zur Arbeitswelt gefördert werden. Alle Maßnahmen der Zusammenarbeit bei konkreten Projekten müssen gefördert, unterstützt und begleitet werden. Natürlich wird es nicht genügen, allein diese Herausforderungen anzunehmen, es gibt noch weitere, aber jeder Erfolg wird eine weitere positive Dynamik auslösen.

### WEITERE INFOS UNTER

<http://www.aer.org/events/health-social-affairs-committee/2007/seminar-and-ple-nary-com-2>

Wie nehmen die EU Bürger die Diskriminierung in ihren Ländern wahr  
Eurobarometer Januar 2007

